



N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

19. Wahlperiode - 11. Sitzung

am Mittwoch, dem 31. Januar 2018, 10:00 Uhr,
im Kreistag Nordfriesland, Marktstraße 6, 25813 Husum,
im Kreistags-Sitzungssaal

Anwesende Abgeordnete

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)
Andreas Hein (CDU)
Klaus Jensen (CDU)
Lukas Kilian (CDU)
Thomas Hölck (SPD)
Kerstin Metzner (SPD)
Kai Vogel (SPD)
Kay Richert (FDP)
Volker Schnurrbusch (AfD)
Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Begrüßung und Vorstellung des Kreises Nordfriesland	4
	Siegfried Puschmann, stellvertretender Kreispräsident	
2.	Beratung über wirtschafts-, verkehrs- und tourismuspolitische Themen des Kreises Nordfriesland:	6
	<ul style="list-style-type: none">• Bahnverkehr• Bundesstraße 5• Mobilitätskonzept mit Rufbus• Energiekompetenzregion Erneuerbare Energien/Westküstenbeirat• Tourismus	
	hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift	
3.	Finanzielle und wirtschaftliche Folgen für den Kreis Nordfriesland aufgrund des Ausbaustopps der Windenergie an Land	15
	Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD) Umdruck 19/542	
4.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Begrüßung und Vorstellung des Kreises Nordfriesland

Siegfried Puschmann, stellvertretender Kreispräsident

Herr Puschmann, stellvertretender Kreispräsident des Kreises Nordfriesland, stellt dem Ausschuss die Rahmendaten und -fakten zum Kreis Nordfriesland vor.

Dabei nennt er unter anderem die größten gewerblichen Arbeitgeber in der Region und als Leitbranche des Kreises den Tourismus, die Erzeugung erneuerbarer Energien und die Gesundheitswirtschaft. Eine Vorreiterrolle übernehme der Kreis vor allem im Bereich der Windkraft. So habe sich in Nordfriesland ein bundesweit einmaliges Branchencluster mit namenhaften Windkraftanlagenherstellern und weiteren zugehörigen Betrieben etabliert. Rund 3.000 Arbeitnehmer in Nordfriesland seien in der Windkraftbranche beschäftigt. Ausdruck dieses wichtigen Wirtschaftssektors sei die alle zwei Jahre stattfindende Windenergiefachmesse HUSUM Wind mit nationaler Ausrichtung.

Nordfriesland sei außerdem Teil der europäischen Region Sønderjylland-Schleswig. Die Entwicklung der gemeinsamen Grenzregion werde über die Beteiligung an Kooperationsprojekten unterstützt, unter anderem zu den Themen Rettungsdienst, Kultur, Bildung, Wirtschaftsförderung und Naturschutz. Im Kreis Nordfriesland, in Husum und Niebüll, seien die größten Berufsschulen in Schleswig-Holstein mit insgesamt 6.000 Schülerinnen und Schülern angesiedelt. Nordfriesland sei eine von zwei Optionskreisen in Schleswig-Holstein; die sieben Sozialzentren würden von den Kommunen betrieben. In Niebüll sei außerdem das nördlichste Innovationszentrum Deutschlands, das NIC, heimisch.

Zur Arbeitsmarktlage im Kreis führt Herr Puschmann aus, aktuell liege die Zahl der Arbeitslosen mit 6,6 % über dem Landesschnitt von 5,8 %. Im Sommer - bedingt durch den Tourismus - liege sie regelmäßig deutlich unter dem Landesschnitt.

Neben den wirtschaftspolitischen Kerndaten gebe es natürlich auch noch zahlreiche andere Besonderheiten des Kreises, zum Beispiel im Bereich Kultur, die er jetzt nicht weiter vorstelle, da er davon ausgehe, dass die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Landtages in erster Linie an wirtschaftspolitischen Daten interessiert seien.

Kurz nennen wolle er aber wenigsten den im Jahr 2011 mit Bundesförderung entstandenen Masterplan Daseinsvorsorge, das Klimaschutzkonzept mit den Schwerpunkten Mobilität und energetische Sanierung von Gebäuden - hier den Kreistagsbeschluss, bis 2020 klimafreundlichster Kreis Deutschlands zu werden - sowie die moderne Verwaltung des Kreises - Stichworte: Benchmarking, Arbeit der Jugendämter nach den Grundsätzen der Sozialraumplanung bereits seit 2002 und Übertragung auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Anfang 2018.

2. **Beratung über wirtschafts-, verkehrs- und tourismuspolitische Themen des Kreises Nordfriesland:**

- Bahnverkehr
- Bundesstraße 5
- Mobilitätskonzept mit Rufbus
- Energiekompetenzregion Erneuerbare Energien/Westküstenbeirat
- Tourismus

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Herr Jansen, Leiter des Fachbereiches Kreisentwicklung, Bauen, Umwelt und Kultur bei der Kreisverwaltung Nordfriesland, stellt einleitend kurz noch einmal die Probleme im **Bahnverkehr** im Kreis Nordfriesland, insbesondere bei der Marschbahn auf der Strecke Niebüll - Westerland/Sylt, dar. Dabei geht er insbesondere auf die unterschiedlichen rechtlichen Systeme bei der Vergabe der Verkehrsleistungen auf der Strecke für den Nahverkehr auf der einen und für den Autozug auf der anderen Seite, die immer noch ausstehende Verlängerung der Bahnsteige an fünf Bahnhöfen auf der Strecke, damit im Nahverkehr mit mehr als zehn Waggons gefahren werden könne, und das Konzept Bahnverkehr „Netz 25 +“ näher ein.

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Vogel erklärt Herr Jansen, der Sylt Shuttle plus habe als Autozug durchaus seine Berechtigung. Richtig sei, dass man diese neue Zugform wohl nur geschaffen habe, um bei der Trassenvergabe auch den Zuschlag bekommen zu können. Auch wenn der Sylt Shuttle plus theoretisch für den Personenverkehr zugänglich sei, stelle er in der Realität keine sinnvolle Ergänzung des Personennahverkehrs auf der Strecke dar. Daraus resultierten eine Reihe von Problemen. So habe sich der Hauptausschuss des Kreises gerade in seiner letzten Sitzung mit diesem Problem beschäftigt. Es sei nicht vermittelbar, dass der Sylt Shuttle plus für die Schülerbeförderung nicht mit genutzt werden dürfe und auch nicht in das Schleswig-Holstein-Ticket integriert sei. Wenn man hier zu einer anderen Lösung kommen könnte, könne aus seiner Sicht der Sylt Shuttle plus durchaus auch einen Mehrwert für den Nahverkehr bieten. In der Zeit des sogenannten Ersatzkonzeptes für diese Strecke habe der Sylt Shuttle plus immerhin dazu beigetragen, einen kleinen Teil der Probleme aufzufangen. Aus Sicht des Kreises Nordfriesland seien der Streckenausbau der Marschbahn und der Bahnsteigausbau an der Strecke aber wichtiger als ein anderes Konzept des Sylt Shuttle plus.

Zur Frage von Abg. Vogel zur Einschätzung der Umsetzbarkeit eines zweigleisigen Ausbaus der gesamten Strecke führt Herr Jansen aus, die Zusage von Minister Buchholz, dass das Land die entsprechenden Planungskosten übernehmen wolle, werde vom Kreis Nordfriesland begrüßt. In anderen Bundesländern habe man damit sehr gute Erfahrung gemacht. Diskussionen gebe es derzeit vor allem über den Abschnitt Morsum-Westerland. Aufgrund der Siedlungsentwicklung auf der Insel erstreckten sich die Wohngebiete oft bis direkt an die Trasse heran. Für eine Planfeststellung müsse aber ein geräumtes Baufeld vorgewiesen werden. Das sei in diesem Bereich schwierig. Wichtig sei für den Kreis, dass man für den gesamten Abschnitt eine tragbare Lösung finde.

Abg. Richert erklärt, man müsse mehrere Dinge unterscheiden: Es habe im vergangenen Jahr ein Ersatzkonzept gegeben, das jetzt ausgelaufen sei. Derzeit gebe es aber unabhängig davon technische Mängel am eingesetzten Zugmaterial, sodass der Bahnverkehr auf der Strecke weiter sehr unzuverlässig sei. Nach Ablauf der Zeit des Ersatzkonzeptes gebe es eigentlich keinen Grund, warum der Verkehr nicht so wie vereinbart auch statfinde. Der Wirtschaftsminister und auch der Wirtschaftsausschuss des Landtages hätten deshalb gegenüber der Deutschen Bahn auch vor Kurzem noch einmal deutlich gemacht, dass diese jetzt die vereinbarte Leistung auch liefern müsse. Wenn man darüber hinaus auch noch einen Bahnsteigneubau oder den zweigleisigen Ausbau der Strecke wolle, seien das zusätzliche Ansatzpunkte. Die Regierungskoalition werde sich dafür einsetzen, dass diese Stärkung der Strecke auch umgesetzt werden könne. Wichtig sei, diese Ziele im Dialog voranzubringen.

Auch Abg. Kilian sagt Unterstützung bei den anstehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf der Marschbahn zu. Er knüpft an die letzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit der Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Frau Herbort, an, und fragt, wie die Kommunikation des Kreises Nordfriesland mit den Unternehmen der Deutschen Bahn AG aussehe und ob es einen belastbaren Zeitplan für die Verbesserung der Situation auf der Marschbahn gebe. - Herr Jansen antwortet, es gebe für den Kreis Nordfriesland eine Vielzahl von Ansprechpartnern bei der Deutschen Bahn. Er habe den Eindruck, wenn zwischen diesen unterschiedlichen Ansprechpartnern der Deutschen Bahn AG intern mehr kommuniziert worden wäre, hätte sich der Kreis seine Kommunikation mit der DB AG in vielen Fällen ersparen können. Aus seiner Sicht sei zum Beispiel die immer noch ausstehende Realisierung der Bahnsteigverlängerungen darauf zurückzuführen, dass die Kommunikation innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn nicht funktioniere. Immer wieder gebe es zwar

Mitarbeiter, die alles dafür täten, die Situation auf der Strecke zu verbessern, so habe es auch mit der DB Regio gute Termine gegeben. Andere Termine mit Vertretern des Konzerns seien dagegen wenig hilfreich gewesen. Der 7-Punkte-Plan der DB Regio enthalte sinnvolle Maßnahmen, diese müssten jetzt aber auch umgehend realisiert werden.

Abg. Jensen möchte wissen, ob eine Verlagerung der Verladestation für die Autos von Westerland nach Morsum im Zusammenhang mit dem geplanten zweigleisigen Ausbau hilfreich sein könne. - Herr Jansen antwortet, auch die Verlagerung der Verladestation müsse geprüft werden. Der Kreistag habe dazu noch keine abschließende Entscheidung getroffen. Es liege aber bereits ein Antrag zur Förderung einer Vorplanung vor, der dies beinhalte.

Abg. Vogel merkt an, er sei sehr enttäuscht darüber, dass der von Frau Herbort in der letzten Sitzung des Ausschusses angekündigte Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des 7-Punkte-Plans, der für die gleiche Woche avisiert worden sei, bis heute immer noch nicht vorliege. Er habe zwar den Eindruck, dass dieser Bericht dem Wirtschaftsministerium vorliege, dieser sei aber bis heute noch nicht den Ausschussmitgliedern zugeleitet worden. Er bitte darum, dass dies umgehend nachgeholt werde.

Herr Uekermann, Kreistagsmitglied, erklärt, er komme von der Insel Sylt und müsse feststellen, dass der Sylt Shuttle plus nutzlos sei. Das große Problem auf dieser Strecke sei die Unzuverlässigkeit des Nahverkehrs. Im Zusammenhang mit den Plänen zum zweigleisigen Ausbau der Strecke merkt er an, es gebe jetzt die einmalige Chance, die Strecke Niebüll - Klanxbüll in den vordringlichen Bedarf zu bekommen. Wenn allerdings jetzt über eine noch größere Lösung diskutiert werde, habe er Angst, dass damit die derzeit realistischen Pläne in ihrer Umsetzung zeitlich wieder zurückgeworfen werden könnten.

Herr Thiesen, Kreistagsmitglied, führt aus, zur Verbesserung des Bahnverkehrs auf der Strecke der Marschbahn müsse aus seiner Sicht anderes Wagenmaterial eingesetzt werden, um die Personenzahlbeförderung zu steigern. Außerdem wäre es hilfreich, wenn die Züge direkt nach Flensburg pendelten. - Herr Jansen merkt an, den Zugverkehr auf dieser Strecke jetzt einfach auf Doppelstockwagen umzustellen, sei nicht so einfach, da es in Deutschland kein einheitliches Wagenmaterial gebe. Um das zu erreichen, müssten ganze Zugpaare ausgewechselt werden, die auf der Strecke eingesetzten Zugpaare seien allerdings noch gar nicht so alt. Auch die von Abg. Vogel gerade angesprochene Lösung, über den gesamten Tag mit wenigstens zehn Waggons zu fahren, würde die Engpasssituation in den Morgenstunden

und am Nachmittag, die typische Berufspendlersituation, nicht entschärfen. Richtig sei aber, dass auf dieser Strecke unbedingt sichergestellt werden müsse, dass die vielen Berufspendler, die für die Funktionsfähigkeit und den wirtschaftlichen Erfolg der Insel und damit auch des Kreises und des Landes sorgten, verlässlich auf die Insel gelangen könnten.

Herr Sörensen, Leiter des Referats Öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, informiert darüber, dass gerade die Vorbereitungen über die Vorplanungen auf der Strecke Klanxbüll - Niebüll liefen. Damit gehe das Land hier sozusagen in Vorleistung. Das helfe zwar kurzfristig den Pendlern auf der Strecke nicht, aber das sei ein Weg, um für die Zukunft auf dieser Strecke einen Schritt in Richtung des Ziels weiterzukommen, für einen verlässlicheren Bahnverkehr zu sorgen. Das Ministerium lasse sich aktuell täglich über die Verspätungszeiten informieren. Die Zahlen der letzten Woche seien schlecht gewesen, noch schlechter und sogar dramatisch schlechter als in den Wochen davor. So habe man bei einer Pünktlichkeit von 48,8 % auf der Strecke gelegen. Er bestätigt, dass dem Ministerium der Sachstandsbericht zum 7-Punkte-Plan der DB Regio AG vorliege. Warum dieser noch nicht an den Ausschuss weitergeleitet worden sei, könne er nicht beantworten, dies werde jedoch jetzt umgehend nachgeholt. Zum Problem der Trassenvergabe an den Sylt Shuttle plus merkt er an, derzeit sei gesetzlich geregelt, dass ein eigenwirtschaftlicher Verkehr immer Vorrang habe vor allen anderen Regularien. Wenn man hier zu einer Änderung kommen wolle, müsse das Bundesgesetz sozusagen zu einer Lex Sylt geändert werden. Die Landesregierung strebe an, für diese Strecke in Zukunft die gemeinsame Vergabe von Nahverkehr und Autozugverkehr zu erreichen.

Abg. Hölck kritisiert noch einmal, dass den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses der Sachstandsbericht der DB Regio AG zum 7-Punkte-Plan noch nicht zur Verfügung gestellt worden sei. - Im Verlauf der weiteren Sitzung wird von Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus das Schreiben der DB Regio AG an die Mitglieder des Ausschusses verteilt ([Umdruck 19/576](#)).

Herr Jansen führt kurz in den aktuellen Stand der Planungen zur **Bundesstraße 5** ein. Diese reichten weit in die Vergangenheit zurück. So hätten die ersten Planungen hierzu bereits vor der Kreisgründung stattgefunden, dennoch sei die erste Trasse bis heute nicht realisiert worden. Er geht im Folgenden kurz auf den Planungsstand der einzelnen Abschnitte näher ein (Anlage 1 zu dieser Niederschrift). Aufgrund der langen Planungszeit seien inzwischen natür-

lich die Preise für die Bau- und Planungsleistungen gestiegen; dies bereite Probleme. Größere Probleme habe der Kreis aber derzeit damit, ausreichende Arbeitskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Realisierung der Baumaßnahmen zu gewinnen. Als weitere wichtige verkehrliche Baumaßnahme für den Kreis Nordfriesland nennt er die Ortsumgehung Tating auf der B 202.

Die Frage von Abg. Vogel, ob die angekündigte Klage zur Realisierung des Abschnitts der B 5 zwischen Hattstedt und Bredstedt zu einer deutlichen Bauverzögerung führen werde, beantwortet Herr Jansen dahingehend, das könne er nicht ausschließen und derzeit nicht einschätzen. Für den nördlichen längeren Abschnitt werde der Sofortvollzug erfolgen, das bedeute, dass man unabhängig von der Klage zum südlichen Abschnitt mit der Baumaßnahme beginnen könne, solange sichergestellt sei, dass der Anschluss im Süden auch bei einer möglichen Trassenverlagerung nicht geändert werden müsse. In dem Fall komme es also nicht zu einer zeitlichen Verzögerung.

Im Zusammenhang mit weiteren Anmerkungen von Abg. Vogel stellt Herr Jansen fest, zu allen vier Streckenabschnitten dieser Baumaßnahme gebe es inzwischen die sogenannten Gesehen-Vermerke. Realistische Ausweichstrecken für die Zeit der Baumaßnahmen sehe er nicht. Es müsse deshalb dafür gesorgt werden, dass sowohl die landwirtschaftlichen Wege in der Umgebung ertüchtigt und für Ausweichverkehr vorbereitet würden als auch eine Fahrbahnseite der B 5 während der Baumaßnahmen weiter befahrbar bleibe. Das sei natürlich eine große Herausforderung.

Frau Druba, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, informiert kurz über den Umsetzungsstand der Baumaßnahmen zur B 5. Der Bauabschnitt I befinde sich bereits in der Planfeststellung. Derzeit werde durch das Amt Planfeststellung geprüft, ob überhaupt Erörterungen notwendig seien. Bei den Bauabschnitten II und IV lägen die Gesehen-Vermerke vor. Diese beiden Bauabschnitte könnten unabhängig voneinander gebaut werden. Es werde derzeit geprüft, ob man den einen oder den anderen Bauabschnitt hier vorziehen könne. Sie kündigt weiter an, dass das Ministerium auf den Kreis Nordfriesland zukommen werde, wenn die Planungen für die A 20 auf die DEGES übergegangen seien. Dann müsse man schauen, wie man hier weiter vorankomme. Derzeit werde heftig darüber diskutiert, welche Prioritäten man setzen wolle. Zur Ortsumfahrung Hattstedt-Bredstedt würden derzeit erste Gespräche mit dem zuständigen Rechtsanwalt des Klägers der ruhenden Klage geführt, die hoffentlich positiv ausgingen.

Herr Jansen stellt im Folgenden kurz das **Mobilitätskonzept mit Rufbus** des Kreises Nordfriesland vor (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift), mit dem flächendeckend für den Kreis über ein Rufbus-System auch ländliche Orte Anschluss an das überregionale Kernnetz des ÖPNV erhalten sollten.

Auf Nachfragen führt Herr Jansen aus, man habe sich für die Anschaffung dieser kleinen Transporter entschieden, um auch mobilitätseingeschränkten Menschen die Möglichkeit zu geben, diesen Transportweg zu nutzen. Das Rufbus-System solle ganz normal in den Schleswig-Holstein-Tarif eingebunden werden. Allerdings müssten hierzu noch einige Fragestellungen weiter diskutiert und geklärt werden. Ziel sei, dass der Basistarif des Schleswig-Holstein-Tarifs in Zukunft dann auch für alle Fahrten des Rufbusses gelte. In der Anfangszeit sei es wichtig, zunächst einmal die Vorbehalte und die in den vergangenen Jahren entstandene Entwöhnung der Menschen auf dem Land vom ÖPNV zu überwinden. Es müsse ein Umdenken bei den Menschen stattfinden.

Zu Fragen von Abg. Vogel zur Einbindung des Bürgerbusses in Ladelund in das Konzept erklärt Herr Jansen, der Bürgerbus Ladelund sei sehr erfolgreich eingeführt worden. Der Kreis habe sich finanziell an der Anschaffung des Fahrzeugs beteiligt. Ob zukünftig dort weiter eine Unterstützung durch den Kreis erfolgen werde, obliege der Entscheidung der Politik. Der Bürgerbus Ladelund werde selbstverständlich in das Konzept des Rufbusses integriert.

Herr Sörensen erklärt, diese positiven Beispiele zeigten, dass es sich bewährt habe, die Zuständigkeit für die Busverkehre in die Hand der Kreise zu geben. Die Umsetzung des vorgestellten Konzeptes oder auch des Bürgerbusses Ladelund wäre in Zuständigkeit des Landes wohl nicht möglich gewesen. Er biete bei Problemen in den Verhandlungen mit der Aufnahme in den Verbundtarif gern die Unterstützung des Ministeriums an. - Abg. Voß merkt an, ganz so problemlos sei die Übertragung der Zuständigkeit für den ÖPNV auf die Kreise aus seiner Sicht nicht, da es auch kreisübergreifende Probleme gebe, wie zum Beispiel die Schülerbeförderung, die vielleicht in Zuständigkeit des Landes einfacher gelöst werden könnten.

Seine Frage, inwieweit eine Terminabstimmung der Fahrten des Bürgerbusses und des Rufbusses mit dem übrigen ÖPNV stattfinde, beantwortet Herr Jansen dahingehend, dass sowohl der Rufbus als auch der Bürgerbus mit einem Fahrplan hinterlegt seien, die mit dem Fahrplan des übrigen ÖPNV abgestimmt würden.

Herr Schwalm, Kreistagsmitglied, berichtet, dass es im Rahmen des Pilotprojektes in Eiderstedt sehr gut gelungen sei, gerade die älteren und nicht mehr so mobilen Mitmenschen zu motivieren, das neue Konzept auch zu nutzen und auf den Bus umzusteigen. Es gebe eine Menge guter und kreativer Ideen, gerade diese Zielgruppe auch direkt anzusprechen und einzubinden.

Herr Jansen berichtet abschließend über die Bestrebungen des Kreises Nordfriesland, sich als **Energiekompetenzregion** zu etablieren. Mit seinen 700 Windkraftanlagen, 130 Biogasanlagen und unzähligen Photovoltaikanlagen gebe es im Kreis sehr gute Voraussetzungen, den Fokus jetzt von der Energieerzeugung weg hin auf die Sektorenkoppelung zu richten. Dazu gehöre unter anderem, das Thema Mobilität in den Blick zu nehmen, neben den klassischen Elektrofahrzeugen hier auch den Antrieb über Wasserstoff. Der Kreis Nordfriesland wolle sowohl im Bereich des ÖPNV als auch im Individualverkehr diese alternativen Antriebsformen unterstützen. Die Westküste sei prädestiniert dafür, jetzt den nächsten Schritt in der Energiewende zu gehen und umzusetzen.

Abg. Hölck begrüßt diesen Ansatz und erklärt die Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion für dieses Vorhaben. Er möchte wissen, ob der Kreis plane, verbindlich vorzuschreiben, eine bestimmte Prozentzahl an Fahrzeugen des Kreises mit Brennstoffzellen auszustatten. - Herr Schwalm verweist auf einen Antrag der Kreistagsfraktion der GRÜNEN, der Gegenstand der Beratungen der nächsten Kreistagssitzung sein werde, in dem seine Fraktion beantragt habe, in zwei Regionen die Zahl der Autos mit alternativen Energieantriebsformen so auszubauen, dass sich die Einrichtung von entsprechenden Tankstellen lohne.

Abg. Kilian verweist auf den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung. Auch die Regierungskoalition unterstütze also dieses Ziel des Kreises Nordfriesland.

Im Zusammenhang mit weiteren Fragen von Abg. Richert und Abg. Voß führt Herr Jansen aus, die derzeitige Unwirtschaftlichkeit bei der Wasserstoffreduktion sei vorrangig nicht technischer, sondern regulatorischer Natur. Im Kreis Nordfriesland sei man davon überzeugt, dass die alternativen Antriebsformen nicht nur gut für die Umwelt seien, sondern vor allen Dingen auch wirtschaftlich erfolgreich sein werden. Die Technik der Wasserstoffgewinnung aus Methan befinde sich noch in einem sehr frühen Stadium, deshalb gebe es hierzu auch noch keine konkreten Gespräche mit der Industrie.

Frau Edlefsen, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Kreistags, stellt den Wirtschaftszweig des **Tourismus** für den Kreis Nordfriesland näher vor. Sie führt unter anderem aus, mit 13 Millionen Tagesgästen und 16 Millionen Übernachtungen im Jahr 2015 sei der Kreis Nordfriesland in dem Jahr der tourismusstärkste Kreis Deutschlands gewesen. Auf den erzielten Erfolgen dürfe man sich jedoch nicht ausruhen. Die regionale Vermarktungsebene Nordfriesland und Dithmarschen müsse weiter unterstützt und gestärkt werden. Das Land sei gefordert, hieran mitzuwirken und bestehende Fördermöglichkeiten auch in Zukunft fortzuführen sowie weitere Strukturen im Tourismusbereich zu stärken. Hierzu nennt sie mehrere konkrete aktuelle und zukünftige Bauprojekte, die zur Stärkung des Tourismus im Kreis beitragen.

Abschließend verweist sie auf die Broschüre Masterplan Nordsee, in der die strategische touristische Ausrichtung für die Nordsee Schleswig-Holsteins dargestellt werde. Es gelte auch in Zukunft, die touristische Vielfalt an der Westküste zu bewahren und auszubauen. Dies könne nur gelingen, wenn die Kommunen vor Ort zusammen mit dem Kreis und dem Land an einem Strang zögen.

Herr Tretbar-Endres, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, stellt fest, das Land ziehe mit dem Kreis Nordfriesland in diesem Bereich bereits an einem Strang. Das Tourismusreferat im Ministerium und die Investitionsbank Schleswig-Holstein berieten und unterstützten bei den einzelnen Projekten sehr gern. Die Kommunen sprächen das Ministerium immer wieder auf Probleme bei der Kofinanzierung bei Förderprojekten an. Das Ministerium sei deshalb jetzt dabei, die Förderrichtlinie für die GAW-Förderung zu überarbeiten, um es den Kommunen zukünftig zu erleichtern, eine 90-prozentige Landesförderung zu erreichen. Es sei vorgesehen, dass zukünftig zwei der drei bekannten Kriterien ausreichen, um diesen Förderstatus zu erreichen. Darüber solle zukünftig auch die Finanzkraft der Kommunen bei der Förderung mit berücksichtigt werden.

Abg. Jensen bestätigt die positive Bilanz im Bereich Tourismus im Kreis Nordfriesland in der letzten Legislaturperiode. Die Tourismusstrategie müsse jetzt fortentwickelt werden. Im Bereich des Tourismus spiele aber auch die Glasfaseranbindung und eine vernünftige WLAN-Dichte eine immer größere Rolle. Insgesamt müsse aus seiner Sicht aufgepasst werden, dass sich in der künftigen Förderperiode der EU der Tourismus auch in ausreichendem Maße wiederfinde. - Herr Tretbar-Endres erklärt dazu, er hoffe, dass die Anstrengungen der Landesregierung, das Thema Tourismus auch in der neuen Förderperiode der EU angemess-

sen zu berücksichtigen, eine breite Unterstützung erfahren werde. Es sei nämlich zu befürchten, dass das ein harter Kampf werde.

Herr Jansen, Kreistagsmitglied, fragt nach Fortschritten bei den vor drei Jahren im Kreistag bewilligten Beteiligung an den sogenannten Integrierten Territorialen Investitionen (ITI). Der Kreis habe sich mit 3,3 Millionen € daran beteiligt, soweit er wisse, sei bislang aber noch nicht ein einziges Projekt bewilligt worden. - Herr Tretbar-Endres antwortet, es handle sich um ein sehr langwieriges Verfahren. Derzeit lägen 12 Projektanträge vor, die von der Investitionsbank in diesem Jahr bearbeitet würden. Das bedeute, in dem Bereich tue sich jetzt etwas. Er kündigt an, das Ministerium werde demnächst auf die Projektträger zugehen und seine Begleitung im weiteren Verfahren anbieten. - Abg. Dr. Tietze erklärt, er hoffe sehr, dass es gelingen werde, dieses Projekt in Nordfriesland umzusetzen.

3. Finanzielle und wirtschaftliche Folgen für den Kreis Nordfriesland aufgrund des Ausbaustopps der Windenergie an Land

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)

[Umdruck 19/542](#)

Abg. Hölck begründet den von ihm gestellten Antrag, [Umdruck 19/542](#), mit den Beratungen des Landtages in der vergangenen Woche über den Zeitplan der Neuaufstellung der Regionalpläne. In der Debatte habe der Innenminister einen Zeitplan in Aussicht gestellt, nachdem ein Kabinettsbeschluss über den neuen Entwurf in der Sommerpause gefasst werden solle. Darauf folge dann die zweite Auslegung, sodass man davon ausgehen könne, dass der rechtsgültige Regionalplan erst Mitte bis Ende 2019 vorliegen werde. Wenn in diesem Zusammenhang die Abstandsregelungen verändert werden sollten, seien alle bisherigen Planungen der Branche hinfällig. Das würde bedeuten, dass ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 60 Millionen € im Bereich der Windenergie im Land nicht umgesetzt werden könne. Alles, was heute positiv im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und die positiven Effekte der Windenergie für den Kreis Nordfriesland diskutiert worden sei, werde dann nicht eintreten können.

Herr Jansen erklärt, der Kreis Nordfriesland und die Ausschüsse des Kreistages befassten sich regelmäßig und sehr umfangreich mit dem Thema Regionalplanung. Vor diesem Hintergrund habe der Kreis Nordfriesland bereits vor Monaten eine Resolution verfasst, in der es um den Umgang mit der Windenergieplanung gehe. Der Kreis plädiere für eine flexiblere Gestaltung, insbesondere auch im Hinblick auf Abstandsregelungen für die bestehenden Windparks, die irgendwann erneuert werden müssten. Bei Betrachtung der Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation müsse man sich von der alleinigen Betrachtung der Regionalplanung trennen. Die Regionalplanung schaffe kein Baurecht, sondern reguliere das Baurecht. Hier wirkten zwei Rechtskreise ineinander. Er bestätigte, dass die Unsicherheit der Planung dazu führe, dass sich Unternehmen nur sehr schwer in Projekte einbinden ließen. Im Kreis Nordfriesland gebe es mit etwa 700 Anlagen eine extrem hohe Dichte an Windkraftanlagen. Es sei dem Kreis trotzdem durch viele Gespräche und Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gelungen, die Projekte ohne massiven Proteste umzusetzen. Er teile die Auffassung des Innenministers zum Planungsfortgang. Eine verfestigte Planung werde es erst geben, wenn der nächste Entwurf der Regionalplanung vorliege. Die größte Sorge des Kreises bestehe im Moment im Zusammenhang mit der Neufestlegung der Abstände, insbesondere für die Bestandsanlagen.

Abg. Jensen stellt fest, der vorliegende Antrag sei in seiner Formulierung falsch. Es gebe keinen Ausbaustopp. Richtig sei aber, dass es Probleme im Hinblick auf die Projektierung gebe. Den Zeitplan für die Regionalplanung habe der Innenminister im Plenum dargelegt. Die Ziele, die erreicht werden sollten, seien im Koalitionsvertrag niedergelegt. Sollten diese Kriterien mit den Plänen nicht in Einklang zu bringen sein, werde man entsprechend reagieren. Ziel sei, dass man die angegebenen kw/h an Gesamtleistung durch die Anlagen im Land erreiche, nicht den Anteil von 2 % Ausbaufäche.

Abg. Höck entgegnet, Fakt sei, dass es einen Ausbaustopp geben werde, da Ausnahme genehmigungen nicht erteilt werden könnten. Er fragt nach der Einschätzung von Herrn Jansen, das Moratorium noch einmal rechtssicher zu verlängern. - Herr Jansen erklärt, als Mitglied der Verwaltung werde er sich nicht an der politischen Debatte beteiligen. Aus fachlicher Sicht zwingt das Interimsverfahren TA Lärm nicht zu höheren Abstandsflächen. Dem Kreis Nordfriesland gehe es entsprechend seiner Resolution darum, dass die Bestandsanlagen auch zukünftig am gleichen Ort repowert werden dürften.

Ob eine Verlängerung des Moratoriums noch einmal möglich sein werde, sei aus seiner Sicht sehr fraglich. Er sei der Auffassung, dass ein solch schwerwiegender Eingriff in Eigentum nicht bedenkenlos immer weiter fortgeschrieben werden könne. Grundsätzlich sei normalerweise nach vier Jahren endgültig Schluss mit solchen Übergangsregelungen, außer es gebe besondere Sachgründe, die eine erneute Verlängerung rechtfertigten. Diese sehe er in diesem Fall nicht. Deshalb gehe er davon aus, dass spätestens im September nächsten Jahres mit dem Auslaufen gerechnet werden müsse, also noch vor dem Zeitpunkt, zu dem die Regionalplanungen abgeschlossen sein werden, sodass man zu dem Zeitpunkt dann keine Steuerungsmöglichkeit mehr habe. Wenn das Moratorium auslaufe, gebe es unmittelbar Baurecht, wenn nicht andere Belange entgegenstünden. Vor diesem Hintergrund habe der Kreis Vorsorge getroffen und vier größere Gebiete als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen, um in diesen Gebieten auch nach dem Auslaufen des Moratoriums den Bau neuer Windkraftanlagen ausschließen zu können.

4. Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt Verschiedenes liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin